

100 Jahre Gießener Gasversorgung

Ludwig Brake

„Mangel an Kapital und Unternehmungslust in den deutschen Stadtverwaltungen, Unterschätzung des städt[ischen] Beamtentums, das Ueberwiegen der manchesterlichen Wirtschaftsauffassung über die Vorzüge der Ueberlassung städtischer Betriebe an die Privatindustrie nach dem Grundsatz, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte walten zu lassen, bildeten Jahrzehnte hindurch die Ursache der Indolenz der Städte mit der verhängnisvollen Folge der Ausbildung schlimmer Monopole; heute verlangen hygienische und kulturelle, finanzielle und sozialpolitische Gründe gebieterisch den städtischen Regiebetrieb.“

So formulierte es der Mannheimer Oberbürgermeister Otto Beck, auf der 47. Jahresversammlung des Vereins deutscher Gas- und Wasserfachmänner zu Beginn des 20. Jahrhunderts.¹ Er sprach damit eine Reihe von Phänomenen an, die sich in der Frühzeit der Entwicklung der Städtetechnik als Hindernisse für die rasche Ausbildung moderner kommunaler Infrastruktureinrichtungen erwiesen hatten.

Grundsätzlich lag die Zuständigkeit für die Straßenbeleuchtung bei den Gemeinden im Rahmen ihrer Aufgaben innerhalb der Sicherheits- und Ordnungsverwaltung. Daher blickte man bei den Einrichtungen zur Straßenbeleuchtung zunächst nicht auf mögliche Gewinne. Aber mit der Einführung der Gasbeleuchtung und dem damit einhergehenden technischen Fortschritt, wurde die „Straßenbeleuchtung zu einer Nebenaufgabe des ersten rein kommerziell ausgerichteten Gemeindebetriebs: der Gasanstalt.“² In seinem Band Kommunalpolitik und Industrialisierung schildert Wolfgang Krabbe die Entwicklung zur Entstehung moderner kommunaler Städtetechnik sinngemäß so:

Bis 1800 hatte sich in den meisten deutschen Städten eine Straßenbeleuchtung mit Öllaternen durchgesetzt. Dies war der Stand, als es 1814 erstmals gelang, ein zusammenhängendes Gebiet, nämlich den Londoner Stadtteil St. Margreth von einer Zentrale aus über ein Leitungs-

1 Rückblick auf die Entwicklung des Gaswerks der Stadt Pforzheim aus Anlaß des 25. Betriebsjahres, bearbeitet von J. Heinrich, hg. v. d. Stadt Pforzheim, Pforzheim 1909, S. 3.

2 Krabbe, Wolfgang R., Kommunalpolitik und Industrialisierung, Berlin 1985, S.40.

netz mit Gaslaternen zu erhellen. „Die Funktion einer solchen Zentrale ging damit weit über den Zweck hinaus, der Kommunalbehörde mit einer bis dahin ungekannten Perfektion zu einer öffentlichen Straßenbeleuchtung zu verhelfen. Es eröffnete sich nun auch die Möglichkeit, Leuchtenergie in Massenproduktion für Haushalte und Gewerbebetriebe herzustellen. Die neue Erfindung eignete sich also vorzüglich zur industriellen Verwertung.“³

In England verbreiteten sich die Gasanstalten rasch und seit 1824 drang diese Erfindung auch auf den Kontinent und nach Deutschland vor. Zwar ging die Initiative zur Errichtung von Gaswerken in der Regel von den Städten aus,⁴ doch verblieben sie bis auf wenige Ausnahmen in der Hand privater Unternehmer, denen die Kommunen das Monopol zur Belieferung innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs zugestanden.⁵ Ursache dafür war die fehlende Erfahrung und Qualifikation der Gemeinden bei der Einrichtung und dem Betrieb derart komplexer kommerzieller Unternehmungen; Techniker und andere Fachleute waren in den Stadtverwaltungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch sehr selten. Und erst etwa seit der Jahrhundertmitte wurden für einzelne Bereiche qualifizierte Fachleute eingestellt, etwa die Stadtbaumeister.⁶ Erst seit der Reichsgründung kam es im Rahmen der „Entfaltung einer städtischen Leistungsverwaltung“⁷ zu einer stärkeren Professionalisierung und Differenzierung der einzelnen Verwaltungszweige.

Wo den Kommunen die Erfahrung mit Unternehmen kommerzieller Zielrichtung fehlten, konnte dies durch die Kenntnisse und die „Routine der Gasindustriellen“ ausgeglichen werden. Sie verstanden etwas von der Errichtung solcher Anlagen und konnten diese auch betreiben.⁸

Um die Jahrhundertmitte konnte man von den Trägern kommunaler Selbstverwaltung, den Stadtbürgern, in der Regel auch nicht erwarten, „daß sie im Sinne der Daseinsvorsorge ein prospektives Denken entwickelten und für kostspielige Investitionen eine möglicherweise

3 Krabbe, S. 40.

4 Krabbe, S. 40.

5 Krabbe, S. 41-42. Selten kam es vor, daß eine Stadt später auch einem weiteren Privatbetrieb eine Konzession erteilte wie z.B. Frankfurt a. M.

6 Krabbe, S. 42. Vgl. Akte Stadtarchiv Gießen (StdtAG) L 1500. Die Anstellung eines Stadtbaumeisters bei der Stadt Gießen wurde seit 1869 diskutiert.

7 Krabbe, S. 42.

8 Krabbe, S. 42.

riskante Anleihepolitik betrieben“.⁹ Die ‚kleinbürgerlichen Honoratioren‘, Gewerbetreibende und Haus- und Grundeigentümer strebten danach, sparsam zu haushalten und die Gemeindesteuern niedrig zu halten und längerfristige Verbindlichkeiten zu vermeiden.

Diese Haltung resultierte aus der hohen Verschuldung, die als Folge der Rheinbundzeit, der Befreiungskriege und der sich anschließenden Reformen entstanden war. Dadurch war der finanzielle Spielraum der Kommunen stark eingeeengt, so dass ihnen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts oft nicht viel mehr als die Schuldentilgung möglich war.¹⁰

„Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß dieses hausväterliche Spar-samkeitsverhalten der Stadtväter in den ersten beiden Jahrhundert-dritteln von der wirtschaftsliberalen Ideologie, dem ‚manchesterlichen Denken‘ - wie sich die Quellen gerne ausdrücken - getragen wurde. Dasselbe Bürgertum, das vom Staat erwartete, daß er das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte gewähren lasse, hütete sich da, wo es selbst als Obrigkeit auftrat, in der kommunalen Selbstverwaltung, als Wirtschaftssubjekt zu fungieren, sofern die gleiche Aufgabe auch von der Privatindustrie erfüllt werden konnte.“¹¹

Unter diesen Vorzeichen verlief die Entwicklung der Gasversorgung insgesamt relativ einheitlich in drei Phasen: „1. Stufe: die Stadt schließt mit einer Gasgesellschaft einen Vertrag über Gaswerkbau und Gas-lieferung; 2. Stufe: im Laufe des zumeist einige Jahrzehnte währenden Gasmonopols kommt es zu Konfliktsituationen zwischen Konsumenten und Gaswerk, dem rücksichtsloses Ausnutzen seiner Monopolstellung vorgeworfen wird; 3. Stufe: die unbefriedigende Situation führt zu Auseinandersetzungen - oft im Prozeßverfahren - zwischen Stadt und Gasgesellschaft, welche in den meisten Fällen zum Einlenken gezwungen wird; 4. Stufe: alle Einrichtungen der Gasanstalt gehen durch Auf-kauf, Übernahme oder Heimfall (das heißt wenn sie verpachtet war) in das Eigentum der Stadt über; oder die Stadt errichtet selbst ein Konkur-renzunternehmen in kommunaler Regie.“¹²

„Auch die zwischen den Gemeinden und den Gasgesellschaften ge-schlossenen Verträge entsprachen in der Regel einem Grundmuster:

9 Krabbe, S. 43.

10 Krabbe, S. 43.

11 Krabbe, S. 43.

12 Krabbe, S. 43-44.

Die Gesellschaft erhielt für eine bestimmte Frist das ausschließliche Benutzungsrecht der öffentlichen Straßen und Plätze zum Zweck der Gasröhrenverlegung, während sich die Gemeinde ausbedang, zu einem möglichst geringen Tarif oder gar kostenfrei mit Gas zur eigenen Benutzung beliefert zu werden. Allen Verträgen haftete der Mangel an, daß sie vorwiegend unter juristischen, kaum aber technischen Gesichtspunkten formuliert und abgeschlossen waren. Künftige Entwicklungen der Stadterweiterung, des Bevölkerungswachstums, der Konsumentenbedürfnisse und der technischen Möglichkeiten waren dabei wenig berücksichtigt worden, so daß nur durch Vertragsverlängerungen, um die Gesellschaften gern nachkamen, den im Vertrag nur mangelhaft geschützten Gemeinden und Privatbeziehern Positionsverbesserungen ermöglicht wurden - sofern man nicht gleich den Weg der Kommunalisierung beschreiten wollte.“¹³

Der Beginn dieser Kommunalisierung der Gaswerke setzte allgemein erst seit den 1860er Jahren ein. Zu dieser Zeit betrachteten die Städte die Kommunalisierung ausschließlich unter kommerziellen Gesichtspunkten. Die in der Regel erwirtschafteten Überschüsse waren stets willkommene Einnahmequellen.¹⁴

Wendet man sich nach diesen eher systematischen Betrachtungen nun der Entwicklung in Gießen im Detail zu, kann man die geschilderten idealtypischen Abläufe überprüfen.

Als das Publikum am 14. März 1855 das Theater verließ, „wurde es durch die am heutigen Tag zum ersten Male ausgeführte, vollkommen gelungene, schöne Gasbeleuchtung überrascht (...) und am Portal des Theaters erglänzten die grandiosen Namenszüge ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin in der Krone in prachtvollen Gasflammen.“¹⁵

Bei dem geschilderten Ereignis handelte es sich nicht um die erstmalige Beleuchtung Giessens. Dieses ereignete sich in der Landeshauptstadt Darmstadt, wo man den Namenstag der Großherzogin Mathilde abgewartet hatte, um die Gasbeleuchtung einzuschalten.

13 Krabbe, S. 44.

14 Krabbe, S. 47.

15 Peter Engels, Festschrift zum Jubiläum 150 Jahre Gas- und 125 Jahre Wasserversorgung in Darmstadt und Umgebung, Darmstadt 2005 S. 16.

Aus Gießen wird folgendes berichtet: „Am 24. Dezember des Jahres 1856 erstrahlten erstmals in Gießen unter dem Klang der Weihnachtsglocken Straßen und Plätze im ‚reinsten Tageslicht‘.“¹⁶ Doch in Gießen ist dies ein eher prosaischer Vorgang gewesen. Die Akten und Ratsprotokolle enthalten lediglich aus der Retrospektive die Information, dass tatsächlich am 24. 12. die Gasbeleuchtung begonnen wurde.¹⁷ Eine größere Feier oder feierliche Inbetriebnahme der Beleuchtung hat es anscheinend in Gießen nicht gegeben.

Nun fragt sich, warum dies so gewesen ist, warum in Gießen nicht ähnlich wie in Darmstadt eine größere Sache aus der erstmaligen Gasbeleuchtung gemacht wurde.

Zur Beantwortung dieser Frage muss man sich noch etwas weiter in die Gießener Vergangenheit hineinbegeben, in die Zeit, als hier erstmals über die Modernisierung der bestehenden Straßenbeleuchtung nachgedacht wurde.

In Gießen existierte schon seit langem eine Beleuchtung durch Öl-Laternen. Als man damit begann, war dies ein gewaltiger Fortschritt, denn vorher mussten die Stadtbürger, wenn sie sich des Nachts sicher auf den Straßen bewegen wollten, schon eine eigene Laterne mitführen. Seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert wurde dies in Gießen geändert, als die Stadt auf Drängen der Polizeibehörden eine Straßenbeleuchtung durch Öl-Laternen einrichtete und entsprechendes Personal einstellte.¹⁸ Die Laternen mussten nach Einbruch der Dämmerung angezündet werden; sie bedurften der Speisung mit Öl und häufiger Reinigung. Damit erreichte man eine, wenn auch nicht komfortable, so aber doch akzeptable Beleuchtung, welche den Gießener Nachtschwärmern, auch den angetrunkenen, den Weg heimwärts weisen konnte.¹⁹

Ein großer Nachteil bestand in der hohen Pflege- und Wartungsintensität, die sich im übrigen dadurch erhöhte, dass sich vor allem Gießener

16 Gießener Freie Presse, 24.12.1956. Diese Schilderung ist aus der Rückschau im Jahre 1956 geschrieben und verklärt das Ereignis ein wenig.

17 StdtAG L 1069, „Am 24. December 1856 ist die Gasbeleuchtung eingeführt worden“. 1856 31. 12. die Lichter brennen.

18 Crome, August Friedrich Wilhelm, Selbstbiographie, Stuttgart 1833, S. 154: „Das Straßenpflaster ist größtentheils verbessert, auch eine ziemlich gute Straßen-Beleuchtung (zum Theil durch mein Mitwirken als damaliger Deputirter der Universität bei der dortigen Polizei) im Jahre 1802 eingerichtet.“

19 StdtAG L 1224.

Studenten einen Spaß daraus machten, die Öl-Laternen zu löschen, zu zerstören, den Laternenwärtern üble Streiche zu spielen und sie sogar einzusperren, um sie so von ihrer Arbeit abzuhalten.²⁰

Periodisch durchgeführte Laternenrevisionen ergaben immer schlechtere Ergebnisse.²¹ Da diese Umstände seit langem bekannt waren, hatte die Stadt schon längere Zeit über eine Verbesserung der Straßenbeleuchtung nachgedacht. Die Optionen lagen zunächst im Bereich einer häufigeren Wartung oder der Beschaffung besserer und leuchtkräftigerer Öl-Lampen.

Seit dem Ende der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts gab es eine Alternative: die Beleuchtung von Städten durch Gaslicht. Begonnen hatte es in Hannover 1825, Berlin 1826, Frankfurt seit 1828, Baden-Baden 1844, Karlsruhe 1846. Und schließlich erreichte die Gasbeleuchtung auch Hessen. Ein Gemeinschaftsunternehmen Offenbacher Bürger erleuchtete die großherzoglich-hessische Stadt seit 1847 mit Gas, und die Landeshauptstadt Darmstadt folgte 1849.²² Das heißt, die Gießener Diskussion zur Verbesserung der städtischen Straßenbeleuchtung spielte sich vor diesem Hintergrund ab.

Hier, in Gießen, gab es zwar seit 1845 eine Kommission zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung; doch erzielte sie keine konkreten Ergebnisse. Im Januar des Jahres 1848 fasste der Gießener Bürgermeister Christian Reiber die bisherige Diskussion zusammen:

„Der Stadtvorstand hat sich schon seit längeren Jahren mit dem Gedanken einer besseren Beleuchtung beschäftigt und namentlich auch die Herstellung einer Gasbeleuchtung zum Gegenstand seiner Erörterungen gemacht. Er ist indessen bis jetzt noch zu keiner bestimmten Entscheidung gekommen, weil man über die Gasbeleuchtung noch zu wenig Erfahrung in der Nähe gemacht hatte und man namentlich den vermehrten Kostenaufwand als ein Haupthindernis der Realisierung einer selbigen Beleuchtung betrachtete. - Unterdessen ist nun, wie wir

20 StdtAG L 1224.

21 StdtAG L 1066, 1853 21.01. Ergebnis der Revision der Straßenlaternen: In den meisten Laternen sind schlechte Gläser und schlechte Verkittung, ca. ¼ der Scheiben sind zerbrochen, sie sind durchweg schlecht gereinigt. Konsequenz: Die Laternenwärter müßten mehr Zeit auf die Wartung, Reinigung und Pflege der Laternen verwenden, was aber höhere Kosten bedeutete.

22 L. Braun, Tag für Tag und Nacht für Nacht. Hundert Jahre Stadtwerke Offenbach, Offenbach 1979, S. 9. Vgl. Engels, S. 14.

vernommen, auch in der Stadt Offenbach eine Gasbeleuchtung zustande gekommen, und es dürften die dort bereits gemachten Erfahrungen vielleicht dazu dienen, dem Stadtvorstand bei Beurtheilung dieses Gegenstandes, der jetzt wieder aufgenommen werden soll, die nöthige Anleitung und Grundlage zu geben²³

Daher wandte sich der Gießener Stadtvorstand an den Bürgermeister der Stadt Offenbach und bat um Auskunft über die dortigen Erfahrungen mit der Gasbeleuchtung. Insbesondere war von Interesse, wie sich das Verhältnis der Kosten der früheren zu der jetzigen Beleuchtung verhielt.²⁴

Der damit begonnene Informationsaustausch zwischen den beiden hessischen Kommunen stand zunächst unter dem ungünstigen Vorzeichen der revolutionären Ereignisse von 1848. Erst zu Beginn des folgenden Jahres kam Gießen zu konkreteren Informationen. So schrieb man aus Offenbach:

„Die frühere hiesige Ölbeleuchtung hat nicht zu den schlechten gehört, indem in den meisten Straßen Hängelaternen (...) angebracht waren und die Lichtentfernung nur 70 bis 75 Schritt betrug, dennoch findet man solche jetzt im Vergleich mit der Gasbeleuchtung spottschlecht. Die Gasbeleuchtung ist hier nemlich noch nicht in allen Straßen ausgeführt, die große Verschiedenheit kann darum täglich wahrgenommen werden.“²⁵

Nun liefen in Gießen auch erste Offerten ein, von Privatleuten oder von Firmen, welche die Errichtung einer Gasbeleuchtung anboten²⁶. Eines der ersten konkreten Angebote kam nicht zufällig von einem Herrn Graeser aus Offenbach. Die Stadt überließ ihm Planunterlagen und er arbeitete daraufhin ein Beleuchtungsprojekt aus, für 200 öffentliche

23 StdtAG L 1069, 1845 04.06; 1848 02.01.

24 StdtAG L 1069, 1848 02.01.

25 StdtAG L 1066, 1849 22.01.

26 U. a. Angebot aus Hamburg, Firma „Neue Beleuchtungs-Gesellschaft“. StdtAG L 1066, 1849 01.07.; 1850 07.01. Angebot der Portativgasgesellschaft Eberhard aus Darmstadt: „Ich habe in hiesiger Stadt eine Fabrik für transportables Gas errichtet, deren Produkt allgemeinen Beifall findet, und bin gesonnen, wenn es die Verhältnisse gestatten, auch in Gießen ein solches Geschäft zu errichten. Darmstadt ist für Röhrengas wegen seiner weitläufigen Bauart nicht geeignet. (...) Mit Gießen dagegen kann es, wie es mir scheint, möglicherweise anders seyn, da diese Stadt größtentheils enge gebaut ist und die Röhrenleitungen kein sehr großes Kapital erfordern dürften. Dennoch ist auch hier größte Vorsicht nöthig, damit nicht so traurige Ereignisse vorkommen, wie z. B. in Offenbach und in anderen Orten.“

Straßenlaternen sowie 1.000 bis 1.300 private Abnehmerflammen. Die von ihm geschätzten Anlagekosten von ca. 98.000 fl. waren für die Gießener Stadtverwaltung dann aber doch ein Schock. Der Gemeinderat beschloss daher, „daß eingetretene Verhältnisse die Zurückstellung dieser Angelegenheit nothwendig machten“ und brach die Verhandlungen ab. Auch das Angebot Graesers, die erforderlichen Gelder durch Ausgabe von Aktien aufbringen zu wollen, änderte die Meinung in Gießen nicht.²⁷

Den Hintergrund zu dieser Entscheidung bildete der Umstand, daß die Offenbacher Gasbeleuchtungsgesellschaft just in dieser Zeit in Zahlungsschwierigkeiten geriet und nur durch große Kraftanstrengungen einiger Offenbacher Firmen vor dem Konkurs gerettet werden konnte²⁸. Dadurch wurden die Verhandlungen mit Graeser zwar nicht vollständig abgebrochen, aber doch verzögert.

Das bedeutete für das Gießener Vorhaben zunächst einen zeitlichen Rückschlag. Die Verzögerung nutzte der Gemeinderat dazu, weitere Erkundigungen in anderen Städten einzuholen. Aus Heidelberg kamen schließlich Anfang der 1850er Jahre die gewünschten Informationen. Dort kostete die Gasbeleuchtung für 300 Laternen im Jahr nicht mehr, als der durchschnittliche Kostenaufwand für die traditionelle Ölbeleuchtung betragen hatte. Die Kosten in Offenbach und Darmstadt lagen dagegen weit höher. Diese Ergebnisse stärkten die Gießener Verhandlungsposition gegenüber Graeser und beschleunigten den Meinungsbildungsprozess im Gemeinderat.

Mittlerweile erhielt die Stadt weitere Angebote zur Errichtung einer Gasanstalt, u. a. von der Augsburger Firma Riedinger, welche aber nicht weiter verfolgt wurden. Die Stadt verhandelte weiter mit Graeser, schloss mit ihm sogar Vorverträge ab und tat nun ihrerseits einiges, um die Dinge voranzubringen. So sprach sich der Gemeinderat aus Kostengründen alsbald gegen eine Steinkohleverarbeitung und für eine Holzvergasung als Energiegrundlage aus²⁹ und legte zudem in den Verhandlungen mit einem Mainzer Anbieter, Karl Keil, das Maximum für

27 StdtAG L 1166, 1849 22.03., 1849 17.04., 1849 06.06.

28 1855 schloss die Offenbacher Gesellschaft einen Vertrag mit der Stadt ab, welcher der Kommune das Vorkaufsrecht nach Ablauf von 25 Jahren zusicherte. Davon machte Offenbach 1879 Gebrauch (Tag für Tag und Nacht für Nacht, Offenbach 1979, S. 9).

29 In den Ressourcen vor Ort, den Gemeindewaldungen sah man wohl ähnlich wie in Darmstadt eine preisgünstige Alternative zur Kohle, die nur mit großem Aufwand und großen Kosten herbeigeschafft werden konnte. Vgl. dazu auch Engels, S. 15 u. 17.

seine Beteiligung auf den Betrag von 30.000 Gulden fest.³⁰ Weiterhin wurde beschlossen, „das zur Errichtung der Gasfabrik erforderliche Gelände dem Unternehmer in den ersten 10 Jahren unentgeltlich, in den folgenden aber gegen Entrichtung einer Abgabe von 30 fl. jährlich zu überlassen.“³¹

In der internen Diskussion des Gemeinderats zeigten sich die unterschiedlichen Haltungen einzelner Mitglieder deutlich. Vor der Eröffnung der Sitzung stellte das Gemeinderatsmitglied, Metzgermeister Johann Philipp Möhl, den Antrag, „bei der bedeutenden Schuldenlast der Stadt und der Gewißheit einer Vermehrung derselben (...) von der Einführung einer Gasbeleuchtung bis zum Eintritt besserer Zeiten abzusehen“. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden weitere Anträge, des „Diehlenhändlers“³² und Gemeinderats, Daniel Wirth, „daß sich die Stadt Gießen bei der Herstellung einer Gasbeleuchtung (...) mit keinem Zuschuß theiligen solle“ und des Glasers und Gemeinderats, Georg Philipp Fillmann, „daß sich die Stadt nur mit einem Betrag von 25.000 fl beteiligt“.³³

Um die Angelegenheit nun auch in der Öffentlichkeit zu fördern und weitere Offerten einzuholen, inserierte der Gemeinderat im Frankfurter Journal, in der Kölnischen und Augsburger Zeitung und bat um Angebote für die Errichtung einer Gasanstalt. Diese Aktion hatte keinen Erfolg, denn auch nach Ablauf von zwei Monaten lag lediglich eine Reaktion vor. Sie soll wiedergegeben werden, weil sich von hier aus später der Durchbruch für die Realisierung des Gießener Gasprojekts entwickelte. Die Zuschrift lautete:

„Da ich erfahren habe, daß Sie vor einiger Zeit eine Anzeige veröffentlicht haben, bezüglich der Einführung der Gasbeleuchtung in Giessen, diese Angelegenheit aber meiner Aufmerksamkeit entgangen ist, so erlaube ich mir Sie höflich um die naeheren Bedingungen der Einrichtung des Werkes zu ersuchen, wenn die Zeit für Verhandlungen noch nicht verflossen ist, und Sie noch bereit sind, Vorschlaege entgegenzunehmen. Namentlich wünsche ich zu wissen, ob das Werk auf Kosten

30 Möglicherweise sind die Verhandlungen wegen der von der Kommune bewilligten Kostenbeitragssumme ins Stocken geraten. Alle Verhandlungspartner hatten eine höhere Summe gefordert. StdtAG L 1066.

31 StdtAG L 1066, 1854 03.03.

32 StdtAG N 1911 Bürgerregister, alphabethisch.

33 StdtAG L 1066, 1854 03.03.

der Stadt oder einer Privat-Gesellschaft soll errichtet und betrieben werden. - Sie höflich um eine gefällige Antwort auf meine Anfrage ersuchend, zeichnet hochachtungsvoll John Tebay Civil Ingenieur aus London“.³⁴ Die Stadt Gießen bat Tebay daraufhin zwar um ein konkretes Angebot, wandte sich für den Augenblick jedoch wieder anderen Dingen zu. Vor allem schaltete sie erneut weitere Anzeigen³⁵, um für ihr Projekt zu werben. Denn der bisher bevorzugte Verhandlungspartner Graeser ging in Insolvenz, wodurch alle mit ihm bisher getroffenen vertraglichen Abmachungen hinfällig wurden.³⁶

Tatsächlich trafen nun konkrete Angebote ein, u. a. aus Brüssel, aus Frankfurt und aus Mainz.³⁷ Die Stadt begann gleichzeitig Verhandlungen mit Ludwig Carez aus Brüssel und mit Karl Keil aus Mainz. Die Partner drängten auf einen definitiven Abschluss; doch die Stadt zögerte dies hinaus.³⁸

Es dauerte bis in die Mitte des Jahres 1855, ehe sich eine Lösung abzeichnete. Mittlerweile lag ein Angebot der Pforzheimer Firma Benckiser vor,³⁹ und sowohl sie als auch der bereits genannte Ingenieur John Tebay erhielten von der Stadt Planungsunterlagen. Es war schließlich Tebay, dem der entscheidende Durchbruch gelang. Bürgermeister und Bäcker Karl Andreas Emil Ebel berichtete hierüber dem Gemeinderat:

34 StdtAG L 1066, 1853 03.08. Über die Person John Tebays liegen nur sehr wenige Informationen vor. Anscheinend war er als Ingenieur an verschiedenen Projekten zur Errichtung von Gaswerken beteiligt. Bekannt sind Darmstadt, Gießen und Worms. Er war gebürtiger Engländer und stammte aus London oder Whitehaven.

35 StdtAG L 1066, 1853 03.08.

36 StdtAG L 1066, 1854 09.03.

37 StdtAG L 1066, 1854 26.06., 1854 25.10., 1854 09.12., 1855 07.04.

38 StdtAG L 1066, 1885 04.01.

39 StdtAG L 1066, 1855 04.07. Das Anschreiben der Firma Benckiser lautete: „Durch Vermittlung eines Bekannten kam Ihr Schreiben vom 7. Juni an Ingenieur Georgi, welches diverse Angaben über eine dort zu errichtende Gasbeleuchtung enthält, zu unserer Kenntnis. Gerne geneigt wegen Übernahme des Baues und Betriebes derselben mit Ihnen zu verhandeln, erlauben wir uns die Anfrage, ob Sie hierzu geneigt sind und sind wir erbietig sogleich nach Erhalt Ihrer gütigen Antwort, persönlich einzutreffen um die dortigen örtlichen Verhältnisse einzusehen und über die Hauptbedingungen einer Vertragsvorlage uns zu benehmen. Als Zeugnis unserer Befähigung zur Übernahme beehren wir uns Ihnen mit zu theilen, daß wir die Gasbeleuchtung dahier (Fabrikstadt mit 10.000 Einwohnern) auf eigene Rechnung erbaut haben und betreiben und werden wir Ihnen den mit hiesiger Stadt abgeschlossenen Vertrag persönlich übergeben. Ihrer geneigten Rückäußerung und womöglich gleich zeitigen Zusendung eines Grundplans Ihrer Stadt entgegensehend zeichnen hochachtungsvoll ergeben Gebrüder Benckiser.“

„Nachdem der Civil Ingenieur Tebay von Darmstadt am 25. v[ergangenen] M[onats] hier anwesend war, um sich über die Localverhältnisse der Stadt Gießen über Einführung einer Gasbeleuchtung, namentlich für Holzgas, zu unterrichten, fand sich derselbe heute wieder ein und proponierte folgende Punktationen: 1. die Herren Benckiser von Pforzheim, Rödinger von Baireuth und John Tebay von Darmstadt beabsichtigen das Gaswerk samt Röhrenanlage auf ihre eigenen Kosten aufzubauen und selbständig zu betreiben“.⁴⁰

Erkundigungen in Darmstadt ergaben, daß auch die Gasbeleuchtung der Landeshauptstadt „von dem bayerischen Civilingenieur Riedinger erbaut“ worden war und John Tebay als ausführender Ingenieur „mit viel Umsicht und Sachkenntniß den ganzen Bau leitete“. Da fasste auch die Stadt Gießen Vertrauen.⁴¹ John Tebay, von dem sich weder in Darmstadt, noch in Pforzheim oder Augsburg Spuren erhalten haben, scheint es gelungen zu sein, die beiden Firmen, die Eisengießerei Gebrüder Benckiser und die Augsburger Firma Ludwig August Riedinger in ein Konsortium einzubinden⁴². Als man sich auch noch über den Beitrag der Stadt von 30.000 Gulden einigte, stand einem Vertragsabschluß nichts mehr im Wege.⁴³

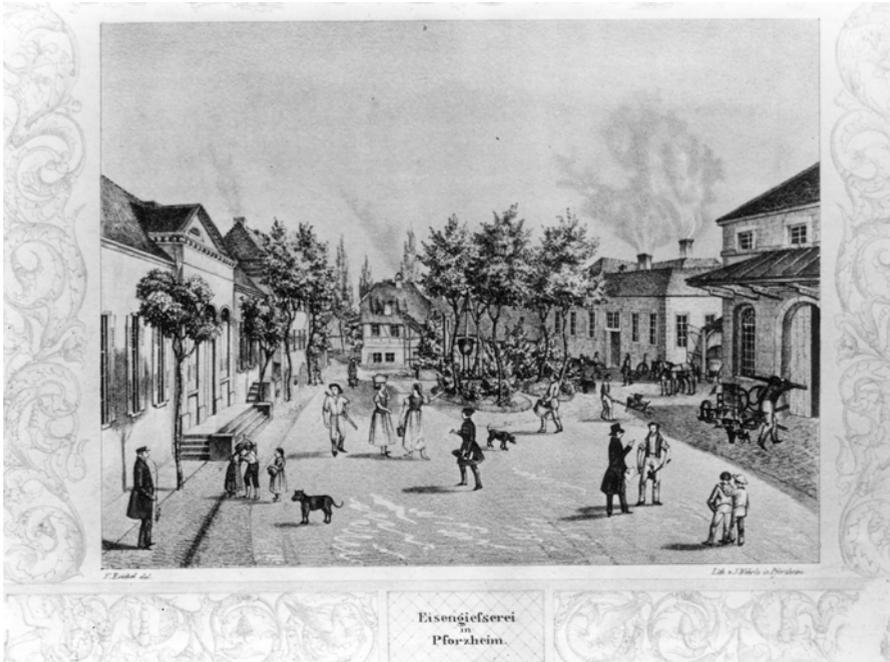
40 StdtAG L 1066, 1855 21.08.

41 StdtAG L 1066, 1855 29.08.

42 StdtAG L 1066, 1855 17.08. „Herr Tebay der Überbringer dieser Zeilen beabsichtigt wegen Übernahme Ihrer projectireten Gasbeleuchtung mit Ihnen in Unterredung zu treten. Auf Verlangen des Herrn Tebay beehren wir uns Ihnen mitzuthellen, daß wir mit demselben in Betreff der Herstellung genannter Beleuchtung eine Übereinkunft getroffen haben in Folge deren Herr Tebay in unserem Namen als Mitunternehmer mit Ihnen sich verständigen und einen Vertrag schließen kann. Hochachtungsvoll zeichnen Gebrüder Benckiser & die L. A. Riedinger“.

43 StdtAG L 1066, 1855 11.09. Tebay bot namens des Konsortiums an, die Straßenbeleuchtung für 200 Laternen zu 3.000 fl zu liefern. Es wird von einer jährlichen Brenndauer von 1250 Stunden ausgegangen.

„Was den Zuschuß der Stadt Gießen zu der Anlage der Gasbeleuchtung mit bis zu 40.000 fl anbetrifft, so seien sie erbötig nur 30.000 fl à 4% von der Stadt beschaffen zu lassen und wollten sie von ihrer Seite für die weitere Beschaffung der bestimmten 10.000 fl Sorge tragen und zwar dergestalt, daß diese ebenfalls nur zu 4% zu verzinsen und von ihnen später nur eine Hypothek à 4% zu errichten sei, insofern die Stadt die Beschaffung der erwähnten 10.000 fl zu 4% nicht möglich ist.“



Eisengießerei Benckiser in Pforzheim ca. 1850 (Stadtarchiv Pforzheim)

Am 17. September 1855 kam der Vertrag zustande.⁴⁴

Darin wurde festgelegt, dass die Beleuchtung der Straßen und öffentlichen Plätze, das Gaswerk sowie die Röhrenleitungen auf Kosten der ausführenden Firmen errichtet werden sollten. John Tebay handelte als Unternehmer für die beiden Firmen. Die Anzahl der Laternen war zunächst auf 200 festgesetzt. Die Unternehmer verpflichteten sich aber auch, die in der Bauordnung (Stand 1855) bezeichneten Straßen ebenfalls mit Laternen und Leitungen auszustatten, sofern dies nötig wurde. Beleuchtungseinrichtungen innerhalb der Häuser durften nur nach Anordnung der Unternehmer, durch ihre Werkleute oder andere von ihnen als sachkundig erklärte Fachleute hergestellt werden. Eine entscheidende Bestimmung war im § 22 enthalten:

44 StdtAG L 1066, 17.09.1855; 1856 06.01.



August Theodor Benckiser (Stadtarchiv Pforzheim)

„Die Stadtgemeinde ertheilt den Unternehmern das ausschließliche Recht, während der Dauer dieses Vertrages Gasleitungsröhren in den Straßen und auf öffentlichen Plätzen der Stadt zu legen und die mit der Gasbeleuchtung verbundenen Arbeiten jeder Art vorzunehmen und es darf niemand während dieser Zeit eine ähnliche Anstalt in oder für die Stadt Gießen ohne Zustimmung der Unternehmer anlegen.“⁴⁵

Weiterhin verpflichtete sich die Stadt zu einem Zuschuss von 30.000 Gulden.⁴⁶ Der Vertrag endete nach Ablauf von dreißig Jahren. Zu

45 StdtAG L 1066, 17.09.1855, § 22.

46 StdtAG L 1066, 17.09.1855, §32 „Die Stadtgemeinde verpflichtet sich behufs der Herstellung des Gasanlage die Summe von 30.000 fl. dergestalt vorzuschießen, daß wenn vorerst von den Unternehmern selbst 15.000 fl. in jenes Werk nachgewiesener-

diesem Zeitpunkt mussten entweder die Stadt oder der Betreiber den Willen zu Beendigung und Übernahme des Gaswerks erklären. Fand keine Erklärung statt, so verlängerte sich der Vertrag stillschweigend um weitere 5 Jahre.⁴⁷

Ende November 1855 waren die organisatorischen Dinge geregelt und John Tebay teilte dem Stadtvorstand mit: „Ich beabsichtige deshalb Morgen Abend oder Freitag Morgen dorten einzutreffen um unser Geschäfts-Büro aufzustellen [Im Neuenweg, L. B.] und es wird dann nicht an uns fehlen mit Energie zu Werke zu gehen, um bis nächsten August oder September spätestens die Stadt Gießen mit einer schönen Gasbeleuchtung zu erfreuen.“⁴⁸

Nachdem die Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde ebenfalls ihr Einverständnis gegeben hatte,⁴⁹ konnte der Bau beginnen.

Im Januar 1856 wurden die ersten Bauarbeiten ausgeschrieben und die Einfriedung der Baustelle vorgenommen.⁵⁰ Auch der Bauantrag wurde vom Kreisamt unter der Auflage genehmigt, „daß nur Holz zur Bereitung des Leuchtgases ... gebraucht werden darf, auch die Reinigungslokale südlich nach der Wieseck zu angesetzt werden müßten.“⁵¹ Und

maßen verwendet worden, alsdann erst die Stadt ihrerseits zu demselben Zwecke eine Abschlagszahlung von 15.000 fl. flüssig machen, beziehungsweise den Unternehmern baar zur Verfügung stellen wird, und nachdem sodann die Unternehmer wiederum nachgewiesen haben, daß sie ihrerseits und aus ihren Mittel eine weitere Summe von 10.000 fl in das Werk verwendet haben, so soll eine gleiche Summe auch von Seiten der Stadt zu gleichem Zwecke den Unternehmern zur Verfügung gestellt werden. Die alsdann von dem zugesicherten städtischen Vorschusse von 30.000 fl. annoch verbleibenden 5.000 fl. zahlt die Stadt nach Ablauf von 4 Wochen an die Unternehmer, nachdem die öffentliche Straßenbeleuchtung vollständig eröffnet und diese für gelungen erachtet worden.“

47 StdtAG L 1066, 17.09.1855.

48 StdtAG L 1066, 1855 28.11. Das Geschäftsbüro befand sich übrigens im Neuenweg.

49 StdtAG L 1066, 1856 06.01. Das Kreisamt hatte, bevor es grünes Licht für die Ausführung der Vertragsbedingungen gab, den Gießener Professor der Mineralogie, Karl Jakob Ettlting, als technischen Gutachter eingeschaltet. Als er sich positiv äußerte, stand dem Baubeginn nichts mehr im Wege.

50 Gießener Anzeiger (GA), 30.01.1856.

51 StdtAG L 1066, 1856 19.02. Vorkehrungen gegen möglicherweise anfallende schädliche Abfallstoffe der Produktion wurden nicht getroffen. Im Gegenteil: aus heutiger Sicht nimmt sich die Platzierung der „Reinigungslokale“ durch das Kreisamt an der Wieseck geradezu abenteuerlich aus. Dies liegt daran, daß ein „Umweltbewußtsein“ in den Behörden noch nicht existierte und auch keine entsprechenden Vorschriften vorlagen. Andere Regelungen, die Sicherheit betreffend, wurden dagegen sehr wohl getroffen. So machte das Kreisamt auf das Verbot für „die Ertheilung der Erlaubnis zur Anlage von Gasometern in Gebäuden, welche bewohnt sind, oder in welchen sich

der vorläufige Laternenplan, mit zunächst 204 Laternen im Stadtgebiet, erhielt ebenfalls die Genehmigung.⁵²

Mit der Ausschreibung der ersten Arbeiten für das Gaswerk begann die Konjunktur der alten Straßenlaternen zu sinken. Jetzt wurden in der Lokalpresse „noch in gutem Zustand befindliche gußeiserne ... sowie blecherne Straßenlaternen ... ganz billig“ zum Verkauf angeboten, um dieselben als Gartenbeleuchtung zu nutzen.⁵³

Feierlich wurde am 14. März 1856, am Namenstag der Großherzogin Mathilde, die Grundsteinlegung begangen. Die Leiter der staatlichen Behörden vor Ort, Gemeinderat und Bürgermeister sowie die beteiligten Bauunternehmer, waren anwesend. „Nach einer Ansprache durch den ausführenden Ingenieur, Herrn John Tebay, wurde von Bürgermeister Ebel der Grundstein auf das Feierlichste gelegt.“⁵⁴ Danach begaben sich die anwesenden Honoratioren in die Gasthöfe zum Einhorn und zum Rappen, „woselbst dieser Abend äußerst vergnügt, mit der größten Eintracht und Heiterkeit verbracht wurde.“⁵⁵

In Gießen wurden nun zum ersten Mal die Straßen aufgerissen, um darin Leitungen zu verlegen.⁵⁶

Gleichzeitig mit dem Beginn der Bauarbeiten begann die Gießener Gasgesellschaft mit der Werbung von Privatkunden. Denn es war zwar für eine sichere Abnahme von Gas durch Laternen der Straßenbeleuchtung gesorgt, doch wenn das Unternehmen Gewinn abwerfen wollte, mussten darüber hinaus auch noch weitere Privat- und Ge-

Menschen aufhalten“. Hintergrund hierzu bildeten vermutlich die bestehenden „Portativgasanstalten“, welche Gas in Behältern jeweils zu den Abnehmern transportierten und dort wohl in stationäre „Gasometer“ füllten. Vgl. StdtAG L 1066, 1856 30.09. Dazu auch Engels, S. 14.

52 StdtAG L 1069, 1856 15.05. Polizeiliche Genehmigung des Laternenplans. Insgesamt sollen 204 Straßenlaternen aufgestellt werden.

53 GA 08.03.1856.

54 GA 22.03.1856.

55 GA 22.03.1856.

56 Es gibt keine Hinweise, wann und wo die Erdarbeiten zur Verlegung der Gasleitungen begonnen wurden. Doch werden schon im Frühjahr Holzlieferungen für das Gaswerk ausgeschrieben und bereits im Sommer annoncieren Gastwirte Feierlichkeiten mit „Illumination und Gasbeleuchtung.“ GA 09.07.1856. Bis September waren die Arbeiten anscheinend so weit fortgeschritten, daß auch Außenlagen wie Buschs Garten Gas zur Verfügung hatten. Denn dort fanden Belustigungen mit Befüllung von Luftballons statt. GA 17.09.1856.

schaftsabnehmer gefunden werden.⁵⁷ So wurden verschiedene Musterlampen vorgestellt, und John Tebay lud die Gießener Bürger in das „Gas-Einrichtungs-Büro“ ein, „um die Wahl derselben vorzunehmen, damit die erforderlichen Bestellungen zeitig bewirkt werden können.“⁵⁸

Bis zum Herbst war die Anbringung der Gaslaternen in vollem Gange.⁵⁹ Vielfach waren diese Arbeiten wohl mit den freudigsten Erwartungen verbunden. Doch ließen sich die geplanten Termine nicht immer einhalten. War die Gasgesellschaft ursprünglich davon ausgegangen, bereits im September 1856 die Lichter brennen zu lassen, so gelang dies nur in Teilen. Der Gesellschaftsverein mußte seinen Mitgliedern zu Beginn des Monats Dezember mitteilen, daß die geplanten Konzerte im Dezember ausgesetzt werden müßten, „da die Beleuchtung des Gesellschaftssaales wider Erwarten noch nicht vollendet ist.“⁶⁰ Nur der Buschische Garten konnte in einer Anzeige vom 24. Dezember „Zur Einweihung der heute Abend, den 24. d. Mts., ins Leben tretenden Gasbeleuchtung“ einladen.⁶¹

Dieses Indiz gilt, wie bereits angedeutet, allgemein als die offizielle Inbetriebnahme der Gießener Gasbeleuchtung.⁶² Vermutlich hat es sich so verhalten, denn auch in den Aktenunterlagen ist an einer Stelle

57 GA 02.04.1856.

58 GA 17.09.1856. StdtAG L 1069, 1856 11.07. Unter den ersten, die sich um die neue Beleuchtungsart bemühten, war die Universität. Doch bat sie darum, daß am Brand, vor dem Akademiegebäude die Laternen so gesetzt werden, daß auch „das Anfahren von Wagen vor den erwähnten Eingängen“ gewährleistet ist. Aber es gab auch Zeitgenossen, denen die neue Beleuchtung aus verschiedenen Gründen nicht passte. So beschwerte sich der großherzogliche Stadtgerichtsassessor Bott, „daß man die Absicht habe, eine Straßenlaterne an seinem Hause und zwar zwischen 2 Fenstern anzubringen. - Eine solche Einrichtung störe ihn, er könne darum nicht zugeben, daß man eine Laterne an seinem Hause befestige, man möge solche entweder gegenüber, da wo der alte Laternenpfahl stehe, oder einige Schritte von seinem Hause entfernt, an der Mauer anbringen.“ StdtAG L 1069, 1856 12.08.

59 GA 04.10.1856. Polizeiliche Bekanntmachung warnt Fuhrwerksführer vor den strafrechtlichen Folgen der Beschädigung der Gaslaternen. Vgl. GA 11.10.1856. Wegen fortgesetzter Beschädigung der Gaslaternen wurden Belohnungen in Höhe von 10 Gulden für Denuntiationen ausgesetzt, die zur Ergreifung der Täter führten.

60 GA 06.12.1856.

61 GA 24.12.1856. Vgl. StdtAG L 1069, 1856 10.05. Der Buschische Garten hatte, wohl wegen seiner Außenlage, sich bereits frühzeitig im Mai 1856 um die Gewährung einer Gasbeleuchtung bemüht, die seinen Gästen den Weg weisen sollte.

62 Z. B. 125 Jahre Gas in Gießen, Sonderseiten des Gießener Anzeigers 16.04.1982, Gießen 1982, S. 5; Elahn, Kundenmagazin der Stadtwerke Gießen, Gießen März 2006, S. 8.

lapidar gesagt: „Am 24. December 1856 ist die Gasbeleuchtung eingeführt worden“.⁶³



Buschischer Garten (Stadtarchiv Gießen)

Ein vergleichbar feierliches Ereignis, wie das eingangs aus Darmstadt geschilderte, hat in Gießen nicht stattgefunden. Warum dies so war, darüber lässt sich nur spekulieren, zumal die Grundsteinlegung noch zum Anlass eines offiziellen Aktes genommen wurde. Anhaltspunkte auf Verstimmungen zwischen Stadt und der Gasgesellschaft lassen sich aus den vorhandenen Unterlagen nicht entnehmen.

Im Unterschied zu Darmstadt fällt aber eines auf: In Gießen fehlte die Beteiligung des Bürgertums. War es in Darmstadt durch das tatkräftige Eingreifen des dortigen Wirtschaftsbürgertums gelungen, die Gasbeleuchtung auf der Basis einer Aktiengesellschaft ins Leben zu rufen - sie konnte somit als eine bürgerliche Errungenschaft gelten-, so war von einer Mitwirkung des Bürgertums in Gießen keine Rede. Pläne zur Umwandlung des Gießener Gaswerks in eine Aktiengesellschaft, die

63 StdtAG L 1069, 1856 24.12. Insgesamt waren nun 207 Straßenlaternen in Betrieb.

John Tebay Anfang 1857 vorschlug, wurden abgelehnt.⁶⁴ Da das Gaswerk ohne die Beteiligung bürgerlicher Interessen sozusagen als reine ordnungs- oder sicherheitspolizeiliche Maßnahme der Stadt vorgesehen war, konnte auch keine bürgerliche Feierstimmung in Gießen aufgenommen wie etwa in Darmstadt.

Dort war der Bau des Gaswerks auf private Initiative zurückgegangen. Seit 1849 bestand eine so genannte Portativgasanstalt, die den Kunden mit Transportwagen das Gas ins Haus lieferte. Jedoch scheiterte das Unternehmen an der geringen Nachfrage. Nur die Verbindung von öffentlichen Gasabnehmern, z. B. Kommunen für Straßenbeleuchtung oder anderen öffentlichen Einrichtungen, die jährlich feste Mengen an Gas abnahmen, daneben auch Gewerbe und Industrie zusammen mit dem Bemühen um Privatkunden, schien auf Dauer profitträchtig zu sein.⁶⁵ So kam es in Darmstadt 1853 zur Gründung einer Aktiengesellschaft für die Errichtung eines Gaswerks, an der führende Bürger und Geschäftsleute der Stadt beteiligt waren. Wohl deshalb waren die Darmstädter Bürger in Feierstimmung, als ihr Werk, die Gasbeleuchtung, erstmals eingeschaltet wurde.⁶⁶

64 StdtAG L 1069, 1857 28.03. Vorschlag Tebays zur Bildung einer Aktiengesellschaft: „Beiliegend erlauben wir uns wohlwöblichem Gemeinderathe den Prospectus zur Bildung einer Actien-Gesellschaft vorzulegen, deren Zweck die Übernahme und der Fortbetrieb der von uns laut Vertrag vom 17. September 1855 errichteten Gasbeleuchtungsanstalt wäre. Wie in dem Prospectus angedeutet finden wir uns zur Bildung erwählter Actien-Gesellschaft aus doppelten Gründen veranlaßt: 1. Um einen Theil unseres Capitals zu weiterer Begründung von ähnlichen industriellen Anstalten verwenden zu können, und 2. um dem hiesigen Publikum Gelegenheit zu vortheilhafter Kapital-Anlage zu bieten, und den dadurch in Aussicht stehenden Gewinnst der Gasbeleuchtungs-Anstalt, womöglich der Stadt Gießen zu erhalten. Bevor wir jedoch dieses Project zu veröffentlichen schreiten, halten wir uns verpflichtet, Wohlwöblichen Gemeinderat davon in Kenntniss zu setzen“. Da die Stadtverwaltung dies strikt ablehnte, wurde das Projekt erst gar nicht veröffentlicht.

65 Dieter Schott, Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die „Produktion“ der modernen Stadt: Darmstadt-Mannheim-Mainz 1880-1918, Darmstadt 1999, S. 168.

66 Vergasung von Holz, wegen der nahen und billigen Rohstoffquellen. Bau durch Augsburger Firma Riedinger gegen Überlassung eines großen Aktienpakets. (Schott, S. 168). Die Stadt schloß mit der Aktiengesellschaft einen Konzessionsvertrag, der alle weiteren Dinge regelte. Seit Mitte der sechziger Jahre kam es zu einem Rohstoffengpaß wegen zu wenig lieferbarem trockenem Holz. Daraufhin begann in Darmstadt die Mischgasproduktion (Holz- und Steinkohlegas). Probleme bestanden mit den Vorräten. Da das Holz für die Gasproduktion vollständig trocken sein mußte, bildete es eine nicht unerhebliche Brandgefahr. Das Darmstädter Holzlager ist auch mehrfach in Brand geraten (Schott, S. 168-169). Das Gaswerk der Landeshauptstadt war sehr profitabel, weswegen die Stadt schließlich einer Verlängerung der Konzession nicht zustimmte und das Gas-

Nach der Betriebsaufnahme kehrte in Gießen der Alltag ein. Das an der Wieseck produzierte Gas wurde regelmäßigen Qualitätstests durch die Universität unterzogen. Aus dem Gaswerk wurden zusätzlich zum produzierten Gas auch ein Teil der anfallenden Neben- und Abfallprodukte in den Vertrieb gegeben.⁶⁷ Die Zahl der privaten Kunden stieg kontinuierlich und sorgte damit nachhaltig für gute Profite.⁶⁸ Doch mit der wachsenden Zahl der Kunden kamen nun auch öfter kritische Stimmen zu Wort, die über die hohen Preise klagten, die sich beschwerten, die Laternen würden zu früh gelöscht, den Weg nach dem Bahnhof als nicht richtig erleuchtet empfanden und auch allgemein mit der Qualität des Gases nicht zufrieden waren. Diese Missstände ließen sich nicht ganz abstellen, weil die Anzahl der Laternen innerhalb eines Rahmens festgeschrieben und auch die Beleuchtungszeiten vertraglich fixiert waren. Für die ebenfalls anfänglich auftretenden Sicherheitsprobleme wurden staatlicherseits Bestimmungen erlassen, die ein ordnungsgemäßes Verfahren sicherstellen sollten.⁶⁹

werk ab 1880 in eigene Regie übernahm. Danach stellte das kommunale Gaswerk einen wesentlichen Einnahmefaktor der Stadt dar (Schott, S. 169). Durch den Beginn mit dem Gaswerk wies Darmstadt frühzeitig netzartige Infrastruktur-Technologien auf. Später, in den 80er Jahren, bestanden neben dem Gasrohrnetz auch ein Wasserversorgungs- und ein Kanalisationsnetz. In Folge der neuen Städteordnung sorgte der seit 1874 amtierende hautamtliche Bürgermeister für eine zielbewußte Inangriffnahme anstehender Probleme durch die Verwaltung. In diesem Prozeß bediente sich die Stadtverwaltung einerseits profilierter auswärtiger Experten und andererseits professionalisierte und spezialisierte sie sich im Laufe dieses Prozesses auch selbst. Nicht selten wurden Fachleute von den ausführenden Firmen abgeworben und in städtische Dienste übernommen. Die Kommunalverwaltung erwarb dadurch technische wie wirtschaftliche Kompetenzen, die bei weiteren komplexen Problemen sinnvoll eingesetzt werden konnten (Schott, S. 174-175). Darmstadt lag mit seinen Ver- und Entsorgungsnetzen zeitlich weit vor anderen Städten im Großherzogtum Hessen. Mit den Entscheidungen zur Errichtung dieser erfolgreichen Netzstrukturen ist vermutlich auch die traditionell vorhandene Zurückhaltung der Stadtverordneten gegenüber kommunalen Infrastrukturinvestitionen verschwunden. „Die Bereitschaft der Darmstädter Stadtverordneten dürfte durch stillschweigende, aber gelegentlich auch explizierte Erwartungen seitens des großherzoglichen Hauses bzw. der Hessischen Regierung gefördert worden sein, die Stadt möge sich ihres Status als Haupt- und Residenzstadt in ihren öffentlichen Einrichtungen und ihrem Straßenbild als würdig erweisen“ (Schott, S. 174).

67 StdtAG L 1069, 1857 19.02. Regelmäßige Tests der Qualität des Gases durch die Universität. GA 03.01.1857, 11.02.1857, 08.08.1857: Verkauf von Nebenprodukten Holzkohle, Holzteer, Dungkalk.

68 Vgl. Verwaltungsbericht der Provinzialhauptstadt Gießen (VB) 1900, S. 160. Vgl. auch verschiedene Werbeanzeigen zur Ausweitung des Kundenstammes. GA 10.06.1857.

69 GA Gemeinnützige Unterhaltungsblätter, Nr. 1, 07.03.1857 und Nr. 2, 14.03.1857; GA 11.11.1857; GA 10.01.1857 Regulativ, betreffend Vorkehrungen gegen Gefahr aus Gasbeleuchtungsanstalten in der Provinzialhauptstadt Gießen.

Bekanntmachung.

Ich beehre mich, hiermit anzuzeigen, daß ich von heute an von der Verwaltung der Gießener Gasfabrik zurückgetreten bin und erlischt somit meine Unterschrift.

Gießen, den 13. Juni 1857.

John Tebay.

Auf Obiges bezugnehmend, zeigt der Unterzeichnete für sich und als Bevollmächtigter der Herren Gebrüder Benckiser in Pforzheim als Mittheilhaber hiermit an, daß vorläufig Herr A. L. Balser für die Gießener Gasfabrik unterzeichnen wird.

Zahlungen an dieselbe können nur an den Banquier der Gießener Gasfabrik, Herrn J. B. Koll, welcher dafür quittirt, gemacht werden.

Ebenso wird Herr J. B. Koll nur gegen die Unterschrift des Herrn A. L. Balser Auszahlungen für die Gießener Gasfabrik leisten.

Gießen, den 13. Juni 1857.

A. L. Niedinger,
aus Augsburg.

John Tebay zieht sich aus der Gießener Gasfabrik zurück (Stadtarchiv Gießen)

Hinter den Kulissen bahnten sich erhebliche Veränderungen an. John Tebay trat im Juni des Jahres 1857 von der Leitung der Gießener Gasgesellschaft zurück, und die Pforzheimer Firma Benckiser setzte rasch nacheinander mehrere Bevollmächtigte in Gießen ein.⁷⁰ Erst in der Mitte des Jahres bekam die Firmenleitung wieder eine gewisse personelle Kontinuität. Vier Jahre später vollzog sich ein weiterer entscheidender Einschnitt. 1862 wechselte das Gaswerk den Besitzer.

Dies kam anscheinend überraschend, denn auf eine Annonce, „Versteigerung einer Gasfabrik“,⁷¹ protestierte sofort John Tebay, der sich zu

70 StdtAG L 1069, 1857 13.06. Tebay tritt von der Verwaltung des Gaswerks zurück und die Firmenleitung von Benckiser übergibt die Leitung an einen Herrn A. L. Balser. StdtAG L 1069, 1857 11.07. Für die Gasfabrik zeichnet M. Opfermann. StdtAG L 1069, 1857 12.08. Für die Gasfabrik zeichnet H. Brehm.

71 GA 24.05.1862. „Die Gasfabrik zu Gießen, bestehend aus dem Hauptbau, einem Retortenhaus, einem Werkstättenbau, einem Reinigerhaus, einem Laboratorium und einem Holzschuppen, soll nach Beschluß der Eigenthümer auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden. (...) Der Verkauf findet im Lokale der Gasfabrik am Montag den 2. Juni, Vormittags 11 Uhr, statt“.

dieser Zeit in Worms, wo er zusammen mit einer Firma ein Gaswerk errichtete,⁷² aufhielt in einer großen Zeitungsanzeige: „Zu der ... Versteigerung der hiesigen Gasfabrik habe ich meine Einwilligung nicht erteilt; dieselbe ist einseitig von den Herren Riedinger und Gebrüder Benkisser anberaunt worden.“⁷³ Tebay kündigte an, dagegen Klage zu erheben, da jede Veränderung der Gasfabrik nach dem mit ihm bestehenden Gesellschaftervertrag nur in gegenseitigem Einvernehmen vorgenommen werden könne.⁷⁴ Der Eigentümerwechsel fand trotz der Drohungen Tebays am 1. August 1862 statt. Neuer Besitzer wurde der Gießener Bürger und Ingenieur August Hess.⁷⁵ Er betrieb das Gaswerk bis 1886, wo es ins Eigentum der Stadt überging.⁷⁶

Der neue Eigentümer bemühte sich intensiv um die Vergrößerung des Kundenstammes. Zu diesem Zweck übernahm er die Kosten für die Hausanschlüsse von Neukunden und tauschte Petroleumlampen gegen Gasleuchten aus.⁷⁷ Damit war Hess sehr erfolgreich. Während die Abnahmemenge für die Straßenbeleuchtung bis 1886 um das 3,5fache wuchs, konnte der Privatverbrauch bis 1886 auf das 4,5 fache gesteigert werden.⁷⁸

Wegen des insgesamt stark gestiegenen Gasabsatzes erweiterte Hess die Produktionskapazität des Gaswerks durch Errichtung neuer Anlagen. So kam 1872 ein dritter Gasbehälter hinzu.⁷⁹ Insgesamt wuchs die Anzahl der Gießener Gaslaternen in der Zeit von August Hess von knapp über 200 auf 371 an; die Zahl der privaten Gasabnehmer ver-

72 Tebay ist vermutlich ab 1859 in Worms ansässig, wo er sich bis 1864 aufhielt. Danach zog er nach Offenbach.

73 GA 24.05.1862.

74 GA 31.05.1862.

75 StdtAG N 1911 Bürgerregister: Emil August Karl Friedrich Theodor Hess (15.12.1832 bis 24.02.1897). Hess war von 1865-1873 Landtagsabgeordneter und gewählter Vertreter im Kreistag (spätestens seit 1885 nach Auskunft des Kreisarchivs Gießen), Beigeordneter der Stadt Gießen etwa seit 1877 bis er im Februar 1886 wegen der Differenzen mit der Stadt sein Amt niederlegte. vgl. StAD S1 Biographische Daten Hess, August u. StdtAG L 1270-27.

76 Aus der Ära Hess sind kaum Unterlagen überliefert. Daher können nur sehr wenige gesicherte Aussagen gemacht werden.

77 125 Jahre Gas in Gießen, Gießen 1981, S. 5.

78 VB 1900, S. 160. Verbrauch Straßenbeleuchtung 35.932 cbm 1862 stieg auf 124.232 cbm 1886 und der Privatverbrauch 85.923 cbm 1862 stieg auf 386.015 cbm 1886.

79 125 Jahre Gas, S. 6.

doppelte sich auf 510 und die Gaserzeugung insgesamt steigerte sich auf das 2 1/2 fache der Produktionsmenge von 1862.⁸⁰



August Hess (Stadtarchiv Gießen)

In die Zeit von August Hess fällt auch die Umstellung von Holz- auf Steinkohlegas. Vermutlich, weil die Klagen über den zu hohen Preis des Gases und über die schlechte Qualität anhielten⁸¹, wurden bereits im April 1862 Versuche angestellt, neben Holz auch Steinkohle als Rohstoff für die Gasherstellung einzusetzen. Bisher hatten viele Gaswerke in Hessen aus Kostengründen auf Holzgasproduktion gesetzt. Der Rohstoff war vor Ort vorhanden, und Kohle war wegen der ungünstigen Transportwege zu teuer. Das änderte sich, als seit Anfang der sechziger Jahre die Bahnlinien in die westlichen Industriegebiete eröff-

80 StdtAG L 1067.

81 GA 12.04.1862.

net wurden und ein wesentlich günstigerer Bezug von Steinkohle möglich wurde. Nun konnte auch Kohle zur Gasgewinnung sinnvoll eingesetzt werden. Die Gießener Versuche spiegeln diese neuen Möglichkeiten wider.⁸² Nach der Umstellung auf Kohlegas im Gießener Gaswerk beklagten sich einige Kunden über eine schlechtere Gasqualität und verlangten die vertragsmäßig zugesicherte Lieferung von Holzgas.⁸³

Ein weiterer ständiger Konfliktpunkt, der sich mit der Stadt aber auch den Privatleuten ergab, war die Weigerung der Gasgesellschaft, ihr Netz in die neuen, noch weniger dicht besiedelten Baugebiete auszuweiten. Wenn es im Interesse des Unternehmers war und versprach, rentabel zu sein, wurden Versorgungsleitungen und Hausanschlüsse hergestellt.⁸⁴ Aber eine Verpflichtung zur Erweiterung des Leitungsnetzes über die vertraglich vereinbarten Gebiete hinaus und zur Errichtung weiterer Straßenlaternen erkannte das Gaswerk nicht an. Damit befand es sich zwar auf einer rechtlich abgesicherten Position; es hemmte jedoch die Stadtentwicklung.⁸⁵ Da das Gaswerk durch seinen Gasliefervertrag eine Monopolstellung hatte, blieb für die Stadt somit nur der Weg zurück zur Öllaterne. An den Stellen, wo es für notwendig befunden wurde, errichtete die Stadt nun wieder neue Öllaternen.⁸⁶

Vor diesem Hintergrund wurden die starren vertraglichen Regelungen mit der Gasgesellschaft zunehmend als entscheidendes Hindernis begriffen. Als alle Verhandlungen erfolglos blieben, versuchte die Stadt, das Gaswerk vorzeitig zu übernehmen. Doch August Hess beharrte auf seiner vertraglich zugesicherten Konzessionszeit und kam der Stadt keinen Schritt entgegen. Es kam zu unschönen Schriftwechseln, und schließlich unterwarfen sich die Parteien dem Urteil eines Schiedsgerichts.⁸⁷ August Hess hätte womöglich noch gerne das Gaswerk weiterbetrieben, doch hatten sich zum Zeitpunkt der Übernahmeverhandlungen die Konstellationen grundlegend gewandelt. Zur Zeit der Gründung des Gaswerks und auch davor standen die damals noch ehrenamtlichen Gemeinderäte und Bürgermeister der Stadt Gießen einer

82 GA 09.04.1862.

83 StdtAG L 1069, 1863 15.08.

84 Hess legt neue Hausanschlüsse und Straßenlaternen.

85 StdtAG L 1070, 1876 17.01.

86 StdtAG L 1070, 1876 17.01.; L 1069, 1876 16.03.; L 1069, 1879 03.12.

87 StdtAG L 1069, L 1070 Die Auseinandersetzungen zogen sich über das Jahr 1884 und bis Anfang 1886 hin.

unternehmerischen Tätigkeit der Stadtverwaltung skeptisch gegenüber. Kapitalaufnahmen für Infrastrukturinvestitionen hatten sie weitgehend abgelehnt und konsequenterweise die nötigen Investitionen, wie im Falle des Gaswerks, privatem Kapital überlassen.⁸⁸

Dreißig Jahre später lagen die Dinge anders. Mittlerweile hatte in der Stadtverwaltung ein Professionalisierungsprozess begonnen, der angefangen vom nunmehr hauptamtlichen Bürgermeister⁸⁹ sich allmählich in allen Verwaltungszeigen durchsetzte. Auch die Haltung der Kommunen zu Infrastrukturinvestitionen hatte sich grundsätzlich geändert. Solche Maßnahmen wurden nun sehr viel stärker als kommunale Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge begriffen. Dafür waren die Städte sogar bereit, Kapital aufzunehmen und Schulden zu machen.

Unter diesen Voraussetzungen gab die Stadt das Heft nun nicht mehr aus der Hand. So ist in den Gießener Verwaltungsberichten zu lesen:

„Auf Grund des Vertrags zwischen der Stadt Gießen und den Erbauern der Gasfabrik, den Herrn Tebay, Gebrüder Benkisser und Ludwig August Riedinger, vom 17. September 1855 ging die seit dem Jahre 1862 im Besitze des Herrn August Hess gewesene Gasfabrik am 1. Oktober 1886 um den durch Sachverständige ermittelten Kaufpreis von 440.000 Mk. in das Eigenthum der Stadt über“.⁹⁰

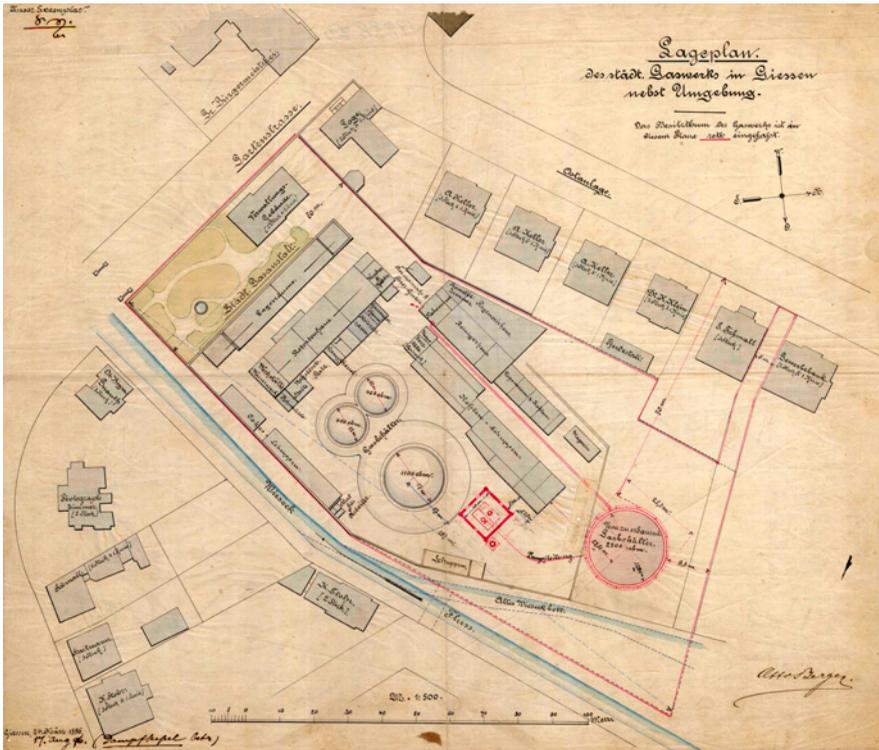
Für Gießen war dies der erste kommerzielle Betrieb, der innerhalb der Stadtverwaltung wirtschaftete, und er bildete den Grundstein und Ausgangspunkt für die späteren Stadtwerke.

88 Vgl. dazu StdtAG L 1059. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte sich die Stadtverwaltung noch geweigert, eine Wasserleitung für die Bewohner des Seltersberges anzulegen, und fand sich nur auf Druck der Kreisverwaltung schließlich doch dazu bereit.

89 August Bramm (* 18. 12. 1829 Gießen, + 17. 4. 1889 Gießen) war der erste Jurist im Amt des Bürgermeisters. Sein Vorgänger war Heinrich Balthasar Vogt, von Beruf Metzger (Vgl. Bürgerregister StadtAG N 1911).

90 VB 1886/87, S. 17. StdtAG L 1067 Die Bestandsaufnahme der Gebäude und Einrichtungen ergab (S. 7-15v.) Rohrleitungsnetz = 17.159m, öffentliche Straßenlaternen = 371, Private Gaskonsumenten = 510, Gaserzeugung 1886 = 566.000 cbm, Verlust 4,7%. Bei der Wertermittlung des Gaswerks war übrigens als unabhängiger Gutachter der „Kreisingenieur Gnauth“ im Auftrag der Kreisverwaltung tätig. StdtAG L 1070, 1886 20.07. Feodor Gnauth (*14. 6. 1854, + 21. 2. 1916) wurde 1886 am 11. November zum Beigeordneten der Stadt Gießen gewählt, seit 1889 war er Bürgermeister, zunächst in Vertretung des erkrankten Oberbürgermeisters August Bramm. Nach dessen Tod am 17.04.1889 übernahm er die Verwaltung während der Zeit der Vakanz und war ab 1890 Oberbürgermeister. 1900 wurde er Präsident des Hessischen Ministeriums der Finanzen und 1901 schließlich Minister. StdtAG 82/216 u. 82/203.

Von nun an wurde das Gaswerk durch die Stadt betrieben. Der Wunsch von August Hess, als Betriebsleiter übernommen zu werden, erfüllte sich nicht. Doch erwies sich eine andere Personalentscheidung als glücklich und zukunftsfruchtig. Otto Bergen, ein seit 24 Jahren im Gaswerk tätiger Techniker, bekam die Stelle als Leiter des städtischen Gaswerks, die er noch weitere 20 Jahre innehatte. Durch seine Verpflichtung erwarb sich die Gießener Stadtverwaltung nicht nur Kompetenz und technisches know-how. Seine Person und seine Kenntnisse trugen entscheidend zur Kontinuität innerhalb des Gießener Gaswerks bei.⁹¹



Lageplan des Gaswerks 1896 (Stadtarchiv Gießen)

91 StdtAG L 1070, 1886 23.08. Bewerbungsschreiben Otto Bergens für die Direktorenstelle. Bergen schied zwischen 1908 und 1910 aus dem Dienst der Stadt aus. Adressbuch der Provinzialhauptstadt Gießen (Adrb.) 1908 u. 1910.

Mit dem Übergang an die Stadt traten weitere entscheidende Veränderungen ein. Entgegen der Politik der privaten Gasanstalt begann das kommunale Gaswerk kräftig zu investieren. In den folgenden Jahren wurden die Lager- und Produktionskapazitäten der Fabrikanlage durch den Bau von zwei Expansions-Gasbehältern mit Führungsgerüsten, zwei neuen Retortenöfen und einer Reinigerhalle erweitert.

Einen Meilenstein stellte die Errichtung eines für Gießener Verhältnisse riesigen neuen Gasbehälters in den neunziger Jahren dar. Nach nur knapp einem halben Jahr Bauzeit konnte der Gasometer in einer feierlichen Zeremonie unter Anwesenheit des Oberbürgermeisters Feodor Gnauth eingeweiht werden.⁹² Dieser Behälter, der an Größe und Fassungsvermögen alle bisherigen weit übertraf, war vollständig aus Eisen gefertigt und vermochte „2500 cbm Gas aufzunehmen, bei später eintretendem Bedarf“, so der Verwaltungsbericht „läßt sich sein Fassungsraum durch Teleskopierung der Glocke auf das Doppelte, also auf 5000 cbm Gas vergrößern, ohne an dem gleich für diese Anforderung fertig gestellten Führungsgerüst noch etwas ändern zu müssen.“⁹³

Schließlich erhielt die städtische Gasfabrik auch ein neues, den kommunalen Bedürfnissen entsprechendes Verwaltungsgebäude.⁹⁴ Andere Kapitalkaufwendungen galten dem Versorgungsnetz. Hatte die Netzlänge bei der Übernahme durch die Stadt 17.159 Meter betragen, wurde sie in den folgenden Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich erweitert. 10 Jahre später hatte sich die Netzgröße bereits verdoppelt. In eigener Regie konnte die Stadt das Gasleitungsnetz den veränderten Erfordernissen des Stadtwachstums anpassen und sogar, orientiert an den Vorhaben der Stadterweiterung, vorausplanen.⁹⁵

92 VB 1896/97, S. 125. In diesem Zusammenhang kann man auch erstmals einige Informationen gewinnen, wie dieser Behälter nach unten abgedichtet war. Es bestand aus einem so genannten Naturbeton (eingeschlemmte und gestampfte Kiesschichten).

93 VB 1896/97, S. 125. „Um das Festfrieren der Glocke zu verhindern, wird das Wasser in dem 2900 cbm fassenden Bassin mittelst zweier Dampfstrahlapparate angewärmt, welche von einer gleichzeitig neubauten Dampfkesselanlage (Einflammrohrkessel von 30 qm Heizfläche und 6 Atm. Ueberdruck, geliefert von C. Weinbrenner in Neunkirchen), gespeist werden. Das Gesamtisengewicht des Gasbehälters beträgt rd. 150 000 kg, das der schwimmenden Glocke allein 38.000 kg.“ Eine ausführliche Konstruktions-Beschreibung der ganzen Anlage brachte der Gießener Anzeiger am 04. November 1896.

94 VB 1889 S. 20-21; VB 1891/92, S. 98-101.

95 VB 1886 bis 1900.



*Verwaltungsgebäude des städtischen Gas- und Wasserwerks etwa 1894
(Stadtarchiv Gießen)*

Neben diesen kapitalintensiven Investitionen war das Gießener Gaswerk wie jeder Unternehmer darum bemüht, neue Kunden zu gewinnen und sich neue Absatzfelder zu erschließen. Dazu bot sich das neue Verwaltungsgebäude an, das neben Büros auch Ausstellungsräume enthielt, die im November 1891 eröffnet wurden. Hier konnten den Gießener Bürgern die neuesten technischen Errungenschaften in der Gasnutzung vorgestellt werden. „Wir sind jetzt in der Lage“ heißt es im Verwaltungsbericht von 1891, „dem Publikum diese Apparate jederzeit in Thätigkeit zeigen zu können, und es ist zu hoffen, daß dadurch die Verwendung des Gases namentlich auch zu koch-, heiz- und industriellen Zwecken eine immer weitere Anwendung finden werde.“⁹⁶

96 VB 1891/92, S. 98-101.

Wir zeigen hiermit die Eröffnung unseres neu eingerichteten **Musterlagers** für

Hauswasserleitungen

an und laden zu dessen Besuche ergebenst ein. Wir empfehlen uns zur **Anfertigung von Hauswasserleitungen jeder Art, als Kalt- und Warmwasseranlagen, Closet- und Badeeinrichtungen** u. s. w. in **bewährtester** Ausführung und unter Verwendung besten Materials, sowie zur **Vornahme von Reparaturen**.

Gleichzeitig bringen wir unser reich ausgestattetes Lager in

Gasbeleuchtungs-Gegenständen

in Erinnerung und empfehlen: **Kronleuchter, Ampeln, Lyren** u. s. w., **echte Siemens- und Wenhamlampen,**

Auer'sche Gasglühlichte

mit auf dem Pressgasapparat vorbereiteten Glühkörpern, wodurch eine größere **Haltbarkeit** und **höhere Leuchtkraft** derselben erzielt wird, auch Glühlichte für **Vorplatz- und Gartenbeleuchtungen**.

Hauptvertretung der Deutschen Gasglühlicht-Actien-Gesellschaft in Berlin,

ferner die zweckmässigsten 3781

Gas-Koch- und Heizapparate,

als: **Kocher, Herdplatten, vollständige Herde, Brat- u. Backöfen, Bügeleisenapparate, Gas-Bade- u. Heizöfen** u. s. w.

Gaspreis für Koch- und Heizzwecke **15 Pfg.** für 1 cbm bei Ausführung der Leitungen **durch uns** und Aufstellung eines besonderen Gasmessers. — (Gas für Beleuchtung: Grundpreis 22 Pfg. für 1 cbm.)

Zu jeder **Auskunft** und zur **Anfertigung** von **Kostenanschlägen** für **Gaseinrichtungen** zu **Beleuchtungs-, Koch- und Heizzwecken**, sowie für **Wasserleitungsanlagen** sind wir stets **gern bereit**, auch können die **ganubarsten Beleuchtungs- und Heizapparate**, sowie **Closets** in **bewährtesten Constructionen**, **Wandbrunnen** u. s. w. in unseren **Ausstellungs-räumen** — **durch Leitungsanschlüsse in Thätigkeit gesetzt** — **gezeigt** werden.

20^{te} d. 94. **Städtisches Gas- und Wasserwerk Gießen.**





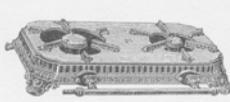
Eröffnungsanzeige des Musterlagers des städtischen Gas- und Wasserwerks 1894 (Stadtarchiv Gießen)

Das städtische Gaswerk startete eine regelrechte Kampagne, um das Gas auch im Bereich des Heizens und Kochens in Gießen durchzusetzen. Dazu waren größere Festveranstaltungen willkommene Gelegenheiten, die Leistungsfähigkeit und die Möglichkeiten des Gaseinsatzes zu demonstrieren. So z. B. im September 1895 auf der großen landwirtschaftlichen Ausstellung, „bei welcher Veranlassung die zweckmäßige Verwendung des Gases in der Küche durch das Braten

eines ganzen Ochsens auf dem Festplatz in drastischer Weise zur Anschauung gebracht wurde.⁹⁷

Städt. Gas- und Wasserwerk Giessen.

Lager
in Gasbeleuchtungs-Gegen-
ständen
jeder Art.




Kochet mit Gas!

Giessen, August 1894.

P. P.

Wir erlauben uns, Ihnen beifolgend einen Auszug aus dem
„Kochbuch für den Gasherd“

von **Fraülein H. Hochtman, Rednerin des Vereins der Gas- und Wasserfachmänner Deutschlands**, zu überreichen, mit der Bitte, denselben einer geneigten Durchsicht zu unterziehen. Sie werden aus demselben die **Vorteile der Gasfeuerung** — namentlich auch hinsichtlich der **Billigkeit** — gegenüber der Feuerung mit Steinkohlen u. s. w. ersehen.

Der in dem Kochbuch, sowie in vorliegendem Auszug aufgeführte Vergleich zwischen den Kosten für Gas- und für Kohlenfeuerung wird sich darnach für **Giessen** noch mehr zu **Gunsten der Gasfeuerung** stellen, da hier der **Preis für Gas zu Koch- und Heizzwecken** (bei Fertigung der Gasleitung durch uns und Aufstellen eines besonderen Gasmessers)

nur 15 Pfennig für 1 cbm.

(Grundpreis für Leuchtgas 22 Pfg.) beträgt, während der Berechnung der Verfasserin der Preis von **18 Pfg.** zu Grunde gelegt ist. Das vollständige Kochbuch ist durch uns zum Selbstkostenpreis von **85 Pfg.** (Ladenpreis Mk. 1.25) zu beziehen und sind wir bereit, Ihnen ein solches zur gefl. Einsichtnahme zu übersenden.

Wir laden Sie hierbei höflichst ein, unsere **Ausstellungsräume** zu besichtigen, in welchen wir **Gaskochherde, Hardplatten, Kocher, Brat- und Backöfen, Bügeleisenapparate, Gasbade- und Heizöfen u. s. w.** in den verschiedensten Grössen und bewährtesten Ausführungen vorrätig haben und in **Betrieb** zeigen können.

Mit Hochachtung
Städtisches Gas- und Wasserwerk Giessen
Otto Bergen.

in Gas-Koch- u. Heizapparaten,
Gas-Badeöfen,
Bügeleisen-Apparate u. s. w.
in den
bewährtesten Ausführungen.



Musterlager in Gegenständen für
Hauswasserleitungen.
Badeöfen, Badewannen,
Billets,
Closets, Pissoirs, Wandbrunnen,
Küchenausgüsse u. s. w.



Anfertigung von Gasanrichtungen
und Hauswasserleitungs-Anlagen
für alle Zwecke.

Kochet mit Gas 1091 (Stadtarchiv Gießen)

Auch die Einführung der Elektrizität um die Jahrhundertwende tat der Gasproduktion auf die Dauer keinen Abbruch. Das Gas war noch lange wesentlich preisgünstiger als die neue Elektrizität. So konnten die Gaswerke noch lange Zeit konkurrenzfähig bleiben.⁹⁸

Die Geschichte des Gaswerks unter städtischer Regie, als städtischer Eigenbetrieb, war eine Erfolgsgeschichte. Schon die private Gasanstalt war durchaus profitabel. Doch nun machte die Kommune die Erfahrung, dass sie in einem bestimmten Bereich, unabhängig von Bürgerabgaben und Steuern, Gewinne erwirtschaften und dem kommunalen Haushalt zuführen konnte. Diese Erfahrung hat später neben anderen Überlegungen dazu beigetragen, dass die Gießener Wasserversorgung, das Elektrizitätswerk, die Kanalisation und schließlich auch der öffentliche Nahverkehr sich unter kommunaler Kontrolle befanden. In der weiteren Entwicklung führte dies schließlich 1938 zur Gründung der Stadtwerke Gießen in denen das Elektrizitätswerk, das Gas- und Wasserwerk, das Biohumwerk und der kommunale Personennahverkehr zusammengeschlossen wurden.

Ein einschneidendes Ereignis war die kriegsbedingte Arbeitsunterbrechung, die von Ende 1944 bis 1948 dauerte. Das Ende der Eigenerzeugung von Gas kam schließlich 1953 mit dem Anschluss an das Verbundnetz der Ruhrgas AG. Die Gießener Gasproduktion wurde zu diesem Zeitpunkt eingestellt. Zwar hatten zwischenzeitlich, in den dreißiger Jahren, auch Pläne bestanden, das Gaswerk nach jenseits der Lahn zu verlegen, doch diese Pläne waren nach Kriegsende nicht mehr aktuell. Da das Ruhrgas bis zu 100% günstiger geliefert werden konnte als die Eigenproduktion, war 1953 die Entscheidung zur Stilllegung der eigenen Anlagen notwendig.⁹⁹

98 Krabbe, S. 41: „Auch die Einführung des elektrischen Lichts seit dem Ende der achtziger Jahre tat der Gasproduktion auf die Dauer keinen Abbruch: einerseits kostete die Elektrizität ein Vielfaches des für den gleichen Zweck notwendigen Gases, andererseits konnte die Gasindustrie zur gleichen Zeit mit der bahnbrechenden Erfindung des Gasglühlichts (...) aufwarten, das dem Verlangen nach ‚mehr Licht‘ - wie das Schlagwort um die Jahrhundertwende lautete - weitgehend entsprach. Die Gaswerke konnten mit dieser Erfindung lange Zeit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Beleuchtungssektor erhalten; vor allem die Straßenbeleuchtung blieb ihre Domäne.“

99 GA 06.10.1950 und 125 Jahre Gas, S. 9.



Seit Ende der fünfziger Jahre entsteht auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerks das neue Behördenzentrum (Stadtarchiv Gießen)

Nur wenig später, gegen Ende der fünfziger Jahre, wurden die Anlagen des Gaswerks beseitigt und an der Stelle entstand das neue Behördenzentrum der Stadt. Doch, wie wir wissen, hatten diese Gebäude nur eine Lebensdauer von knapp über 50 Jahren. Der Abbruch dieser Gebäude und der Bau des neuen Verwaltungszentrums haben aber dafür gesorgt, dass auch lange nach dem Ende seiner Existenz noch vom ehemaligen Gießener Gaswerk die Rede war, weil die tief unter der Erde verbliebenen Produktionsrückstände der fast hundertjährigen Gasproduktion vor dem Beginn des Neubaus beseitigt werden mussten.